Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 195 | Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 81.— monatlich Mk. 27.— | Halver Montag, den 21. August 1922 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 1 Mk., auswärts 1.30 Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 4.— Mk. Offerten-Besorgung 3.— Mk. | 22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reparationskommission will zwei Vertreter nach Berlin senden, um mit der deutschen Regierung vor einer Entscheidung in der Reparationsfrage Rücksprache zu nehmen.

* Die Alliierten teilen in einer Note mit, daß die noch nicht bezahlten 30 Millionen der letzten Ausgleichsrate bis zum 15. September gefordert werden.

* Reichspräsident Ebert eröffnete die Hamburger Überseewoche mit einer bedeutsamen Rede.

* Zwischen Berlin und München sind neue Verhandlungen zur Beilegung des Streites um die Schutzgesetze im Gange.

* In Londoner politischen Kreisen rechnet man für den Herbst mit einer Welt-Finanzkonferenz unter Teilnahme Deutschlands und Amerikas.

* Der frühere türkische Oberbefehlshaber Enver Pascha ist in einem Gefecht mit russischen Sowjettruppen bei Buchara gefallen.

Der kommende Winter.

Aus Fachkreisen wird uns geschrieben:

Der kommende Winter wird — so steht zu befürchten — der härteste und dunkelste sein, der Deutschland beschieden war. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit, unerschwingliche Preise für Lebensmittel und Heizstoff, allgemeine Mutlosigkeit lauern am Beginn dieses Winters. Es sieht so aus, als ob die Preise der Valutaentwertung vorauseilen wollen: schon jetzt sind viele Preise, so die für Eisen, Holz und Bekleidungsgegenstände, weit stärker gestiegen, als es der Markentwertung entsprechen würde. Dazu kommt, daß eine starke Erhöhung der Wohnungsmieten, wahrscheinlich eine Verfünffachung, in den Großstädten bevorsteht. Sie wird die Verelendung beschleunigen und verschärfen.

Mit einem Gemisch aus Grausen und Verzweiflung verfolgen alle Kreise unseres Volkes, insbesondere aber die Wirtschaftskreise, den anscheinend unaufhaltsamen Sturz der Mark. Die Mark ist als internationales Zahlungsmittel tot. Noch wird ihr Kurs an den internationalen Börsen notiert, aber das Ausland wirft seine Marknotenpakete immer von neuem in wilder Hast auf die Märkte. Wir müssen mit der furchtbaren Möglichkeit rechnen, daß das Ausland schließlich die Mark überhaupt nicht als Zahlungsmittel annimmt. Das würde bedeuten, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sein würde, die notwendigen industriellen Rohstoffe und die zur Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Lebensmittel im Auslande zu kaufen. Schon jetzt haben zahlreiche Textilfabriken sich zu Betriebseinschränkungen gezwungen gesehen, weil der jetzige Dollarstand einen Rohstoffeinkauf unmöglich macht. Die Unsicherheit der außen- und innenpolitischen Lage, die Furcht vor Gewaltstreichen Frankreichs auch gegen private deutsche Industrieunternehmungen, sowie die Kreditnot, die durch die neue Preiserhöhungswelle noch verschärft wird, — alle diese Momente rufen eine Lähmung der Unternehmungslust hervor. Jede Kalkulation wird unmöglich und die Neigung zu Betriebseinschränkungen nimmt überall zu. Naturgemäß wird dadurch die Warenknappheit verschärft und die Preise springen immer weiter, zumal das Ausland wieder einmal einen „Ausverkauf Deutschlands" vornimmt.

Im Inhalt geht die Konsumkraft infolge der anhaltenden Preissteigerungen immer weiter zurück. Vorerst wird dieser Rückgang der inländischen Kaufkraft noch durch Hamsterkäufe verdeckt, aber sehr bald wird dieses Erlahmen der Kaufkraft deutlicher in Erscheinung treten, zumal neue Steuern und neue Teuerungswellen immer größere Kreise des Volkes in die Unmöglichkeit versetzen werden, über den allernotwendigsten Bedarf hinaus Käufe vorzunehmen. Diese neuen Steuern werden nicht ausbleiben, da der neue Marksturz das Budget des Staates und der Kommunen in neue Verwirrung stürzen muß. Aber auch die Ausfuhr wird unter der allgemeinen Unsicherheit leiden. Die Erschwerungen im Rohstoffbezuge und die Verteuerung der Produktionskosten werden bewirken, daß die Exportchancen, die zunächst sich bei einem scharfen Rückgange der Mark erweitern, sehr bald dahinschwinden. Auch in den Exportindustrien könnten Betriebseinschränkungen und damit Arbeiterentlassungen nicht ausbleiben. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht Deutschland mit all seinen unübersehbaren Folgen innerpolitischer Natur.

Der Ausblick in die nahe Zukunft ist trübe, trüb und hoffnungslos — — — H.

*

*

Marksturz, Lohnhöhe, Warenpreise.

Unaufhaltsam eilt die Mark dem Nullpunkt zu, ebenso unaufhaltsam schrauben sich die Preise in Deutschland für alle Lebensnotwendigkeiten in die Höhe. Teilweise sind die Preise selbst über die Weltmarktpreise hinaufgeschnellt, und ein Einhalten ist vorläufig nicht vorauszusehen. Was aber alle ernsthaften Beurteiler, ganz gleich, zu welcher politischen Richtung sie sich bekennen, als unvermeidlich im Gefolge dieser katastrophalen Erscheinung heranziehen sehen, das sind die schwersten Kämpfe um Löhne und Gehälter, die zweifellos in den meisten Fällen weit hinter den mit Galoppgeschwindigkeit davonrasenden Preisen zurückbleiben, ohne daß dafür, wenigstens was die einheimische Produktion anbelangt, immer eine genügende Rechtfertigung gegeben werden kann. Eine solche Entwicklung ist nicht allein ungesund, sie beschwört auch die ernstesten Gefahren für die innere Ruhe und die gesamte Wirtschaftssicherheit herauf.

So stellt auch die Deutsche Allgemeine Zeitung, das der Deutschen Volkspartei und der Großindustrie nahestehende Organ, fest, daß sich die durch das turmhohe Klettern der Preise verursachte Not bereits bis auf wenige beneidenswerte Schichten der Bevölkerung auf den größten Teil aller werktätigen Kreise erstrecke. Es sei begreiflich, daß sich der gesamten Bevölkerung eine schwere Sorge für die nächste Zukunft bemächtigt habe, und die Wünsche nach menschenwürdiger Lebensführung verdichten sich von Tag zu Tag. Aber es wäre zu bedauern, wenn diese Sorge in eine Panikstimmung ausarten würde. Noch sei nicht alle Hoffnung verloren, daß Mittel und Wege gefunden werden, um das Schwerste von unserem hartgeprüften Volke abzuwehren. Das Blatt sagt schließlich: „Wir haben stets zu erkennen gegeben, daß wir für die Not jeglicher Klassen ein gleiches Verständnis besitzen. Zu wünschen ist, daß es gelingen möge, mit allen Mitteln der Not der schwer bedrängten Bevölkerungsschichten zu steuern, dabei aber Störungen der Ruhe, die unser daniederliegendes Vaterland vollends in den Abgrund stürzen würden, zu vermeiden."

Das demokratische Berliner Tageblatt schreibt nach einer Schilderung der manchmal von Stunde zu Stunde steigenden Preiserhöhungswelle, immer, wenn man sich die Frage erlaube, wie es möglich sei, daß derartige Preise gestellt werden, müsse man die Antwort hören, daß der Dollar bereits über 1000 steht. Der allergrößte Teil dieser Lebensbedürfnisse habe mit dem Verhältnis der Reichsmark zum Dollar nicht das geringste zu tun, da es sich um einheimische Erzeugnisse handelt. Die notwendige Kehrseite dieser unerfreulichen Medaille sei die neue, mit elementarer Gewalt einsetzende Lohnbewegung. Die Arbeiter ebenso wie die Festangestellten sehen sich vor einer Sturmwelle bedroht, unter der sie rettungslos begraben werden müssen, wenn sie sich nicht im letzten Augenblick mit aller Kraft zur Wehr setzen. Ein Keil treibe den anderen, bis es schließlich nicht mehr weitergehe. Bei dieser verzweifelten Lage könne es für alle leitenden Kreise keine dringendere Aufgabe geben, als sich die Worte des Reichskanzlers Wirth: Erst Brot! zur Richtschnur zu nehmen. Was sonst an innerpolitischen Aufgaben sich durchzusetzen versucht, das muß zurücktreten hinter der obersten Forderung, erst einmal die Lebenshaltung des Volkes zu ermöglichen und sicherzustellen.

Der mehrheitssozialistische Vorwärts fordert bereits die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, die Pflichtlieferung von Kartoffeln, die Beschränkung der Schnapsbrennerei, die Eindämmung der Zuckerverschwendung in den Likör-, Marmeladen- und Schokoladefabriken, ferner eine starke Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Aus weiter linksstehenden radikalen Kreisen werden noch schärfere Maßnahmen gefordert, Arbeiterkontrolle für Banken, Börsen, Lebensmittelhandel, Beschlagnahme der notwendigsten Lebensmittel, Erfassung der Sachwerte usw. Mögen hier bei einzelnen Punkten politische Antriebe mehr mitspielen als direkte Sorge um die Volksernährung, so sieht man doch in der Presse aller anderen Schattierungen von rechts nach links die Unumgänglichkeit gründlicher und baldiger Maßnahmen betont, soll die Gefahr nicht mehr gutzumachenden Unheils zurückgehalten werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Aufstandsschäden in Oberschlesien.

Der Reichsverkehrsminister hat auf eine Anfrage geantwortet, daß die Zahl der von den Insurgenten aus Oberschlesien weggeführten Eisenbahnfahrzeuge nicht genau feststeht; ein Teil sei inzwischen an die deutsche Reichsbahn zurückgegeben worden. Die noch fehlenden Fahrzeuge würden bei der Übergabe der an Polen auf Grund des Friedensvertrages zugesprochenen Fahrzeuge erfaßt; sie würden entweder auf das Abgabesoll der Polen angerechnet oder nach Deutschland zurückgeführt. Wegen der oberschlesischen Aufstandsschäden habe das Auswärtige Amt eine Note an die Botschafterkonferenz gerichtet, deren Ergebnis bisher nicht bekannt sei. Die Haftung für diese Schäden könne die Reichsbahn nach den maßgebenden Bestimmungen nicht übernehmen. Der Eingriff der Insurgenten müsse als höhere Gewalt angesehen werden, für die die Eisenbahn nicht haftet.

Die Untersuchungen über die Ehrhardtbank.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit, daß in der polizeilichen Ermittlungssache gegen die sogenannte Ehrhardtbank die Berliner politische Polizei vor einigen Tagen die Münchener Polizeidirektion um Vornahme von Durchsuchungen und Zeugenvernehmungen ersucht hatte. Diesem Ersuchen hat die Münchener Polizei umgehend entsprochen und das beschlagnahmte Material sowie die Vernehmungsprotokolle durch besonderen Kurier der Berliner Polizei zugeleitet.

Pensionsansprüche früherer Fürsten.

Der frühere Herzog Georg von Meiningen hat eine Pension als Generalinspekteur der Armee beansprucht, mit der Begründung, daß er zwar aus dem Armeedienst ausgeschieden sei, ohne eine Pension zu beanspruchen; jetzt aber, wo ihn die Republik zu den Steuern heranziehe, wolle er auch eine Pension haben. Die zuständigen Stellen haben diesen Anspruch abgewiesen, weil Herzog Georg auf eigenen Wunsch aus dem Dienst geschieden sei und Dienstunfähigkeit nicht vorhanden gewesen sei. Prinz Oskar von Preußen hat Beschwerde geführt, weil er sein Gehalt als Brigadekommandeur für die drei letzten Monate des Jahres 1918 nicht erhalten habe. Dieses Gehalt ist ihm angewiesen worden, weitere Ansprüche wurden bis zur Regelung des vermögensrechtlichen Verhältnisses zwischen Preußen und der Familie Hohenzollern zurückgestellt. Der frühere Kronprinz von Bayern, Rupprecht, hat Anspruch auf eine Pension als Generaloberst erhoben. Auch über diesen Anspruch ist noch nicht entschieden.

Teuerungsforderungen der Beamten.

Zurzeit verhandeln die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften mit der Reichsregierung über die Teuerungsforderungen der Beamten. Die Regierung war der Ansicht, daß den Preissteigerungen im Monat Juli durch die im Juli erfolgte Erhöhung der Bezüge Rechnung getragen wurde und daß somit nur die in diesem Monat nach ihrer Schätzung eingetretene Teuerung von 20 Prozent zu berücksichtigen wäre. Später gestand die Regierung eine Erhöhung des Stundenlohnes der Arbeiter auf 9 Mark zu, was für die dritte Gehaltsstufe der Beamten (Eisenbahn- und Postschaffner) eine monatliche Zulage von 1875 Mark bedeuten würde. Die Vertreter der Gewerkschaften verlangten 3300 für die Beamten, was einer Zulage für den Stundenlohn der Arbeiter von 16 Mark entspräche. Die Verhandlungen dauern an.

Keine Anmeldepflicht für Versammlungen.

Aus Schlesien war eine Beschwerde an den preußischen Minister des Innern gesandt worden wegen einer Anordnung des Oberpräsidenten von Niederschlesien, wonach zu den Vereinen und Vereinigungen, deren Versammlungen anzumelden sind, auch die Deutschnationale Volkspartei gehöre. Minister Severing hat darauf entschieden, daß die Anordnung des Oberpräsidenten rechtsirrtümlich sei. Eine Anmeldepflicht sei nur für Versammlungen unter freiem Himmel notwendig.

Nordamerika.

⚔ **Warum der Weltkrieg geführt wurde.** In einer Rede bezeichnete Senator La Follette den Weltkrieg als einen Handelskampf; das Gerede, „die Welt für die Demokratie zu sichern", sei Propaganda gewesen, mit welcher das amerikanische Volk von der im englischen Fahrwasser schwimmenden Presse gefüttert wurde. „Wäre ich zur Zeit des Weltkrieges Präsident gewesen," sagte der Senator, „wären die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg getreten, und wenn ich alle Morgans hinter Schloß und Riegel hätte bringen müssen." — La Follette ist Kandidat für den Bundessenat des Staates Wisconsin und wird auch von den Deutsch-Amerikanern unterstützt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Mit Zustimmung des Reichsrats hat der Arbeitsminister aus Anlaß der neuesten Brotpreiserhöhung und der weiteren Zunahme der allgemeinen Teuerung mit Wirkung vom 1. September ab die Teuerungszuschüsse für Militärrentner wesentlich erhöht.

Berlin. Auf eine Beschwerde der Interalliierten Militär-Kontrollkommission hin sind verschärfte Maßnahmen dagegen getroffen worden, daß deutsche Heeresangehörige in das Ausland auswandern und in fremde Armeen eintreten, was durch den Versailler Vertrag verboten ist.

Berlin. Das kommunistische Organ Rote Fahne ist auf drei Wochen verboten worden, weil sie der bayerischen Regierung den Vorwurf des Hochverrats gemacht hat.

München. Der Miesbacher Anzeiger ist von der bayerischen Regierung auf Grund der Schutzverordnung auf zehn Tage verboten worden und zwar wegen des Abdrucks eines Aufrufs, der zu Kundgebungen wegen des angeblichen Umfalles der bayerischen Regierung in dem Konflikt mit dem Reiche auffordert.

Paris. Poincaré wird am Sonntag bei der Einweihung des Denkmals für die Gefallenen von Thiaucourt und am folgenden Tage bei der Eröffnung der Tagung des Generalrates des Departements Meuse eine wichtige politische Rede halten.

Prag. Der König und die Königin von Jugoslawien sind in Marienbad eingetroffen. Dort soll die Unterzeichnung des erneuerten Bündnisvertrages zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien durch Pasitsch und Benesch erfolgen.

DA **Moskau.** Aus London, Reval und Helsingfors waren in den letzten Tagen gleichlautende Meldungen eingetroffen, nach denen sich in der Nähe von Minsks schwere Kämpfe zwischen Roten Truppen und Aufständischen abgespielt haben sollen. Wie nunmehr mitgeteilt wird, haben in Weißrußland keine solche Kämpfe stattgefunden.

Neue Verhandlungen.

Bradbury kommt nach Berlin.

Die Reparationsfrage, die in London total festgefahren war, soll jetzt auf ein neues Gleis geschoben werden, da man nicht nur in Berlin, sondern auch in Paris nicht vor- und rückwärts weiß. Die Reparationskommission hat aus leicht ersichtlichen Gründen noch keine Entscheidung in der Reparationsfrage gefällt. Man war sich darüber klar, daß eine Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß keine Lösung der Frage bedeuten würde. Eine Ablehnung des Moratoriums hätte nicht genügt, um aus Deutschland die Mittel herauszuholen, die Frankreich benötigt. Andererseits hätte die Gewährung eines Moratoriums wahrscheinlich zu einer Sprengung der Reparationskommission und zum Austritt Frankreichs aus ihr geführt. Infolgedessen entschloß man sich, im Einverständnis mit der französischen Regierung den Weg

direkter Verhandlungen mit der deutschen Regierung

durch Mitglieder der Reparationskommission zu beschreiten. Der zweite Vorsitzende der Reparationskommission, der vielgenannte Engländer Sir John Bradbury und ein französischer Vertreter der Kommission werden sich voraussichtlich schon in den nächsten Tagen nach Berlin begeben, um mit der deutschen Regierung die Möglichkeiten der Lösung der Reparationsfrage durchzusprechen. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, so wird wahrscheinlich auch die deutsche Regierung ihrerseits bereit sein, die direkten Verhandlungen mit den Mitgliedern der Reparationskommission aufzunehmen und ihnen alle Unterlagen für die Beurteilung der deutschen Finanzlage und der deutschen Zahlungsfähigkeit zu geben und mit ihnen nach dem besten Ausweg aus der prekären Situation zu suchen.

Die wirtschaftliche Situation

in bezug auf die Reparationsfrage ist ja seit der letzten Regelung im Mai vollkommen verändert. Die Anleihe, die durch das Mai-Abkommen zusammen mit dem Moratorium in Aussicht genommen war, ist nicht gewährt worden und auch das Moratorium, das von der Regierung kürzlich verlangt worden war, ist nicht bewilligt worden. Infolgedessen ist ein neuer katastrophaler Sturz der Mark eingetreten. Die einsetzende Teuerung hat neue Gehaltsforderungen der Beamten mit sich gebracht, und wenn die 100prozentige Erhöhung der Beamtengehälter durchgeführt wird, so bedeutet das allein einen Mehraufwand von 100 Milliarden Mark.

*

Allerlei Widersprüche.

Vorläufig ist die Ankunft von Ententevertretern noch nicht offiziell in Berlin angekündigt, ebensowenig liegt eine Einladung vor, einige Mitglieder der deutschen Regierung nach Paris zu senden. Auch die Frage, was Frankreich tun wird, bleibt unklar. Einerseits drohen gewisse französische Blätter mit einem sofortigen Einmarsch, während von anderer Seite versichert wird, militärische Maßregeln kämen keinesfalls in Frage. Viel diskutiert wird besonders die Frage einer direkten deutsch-französischen Verständigung. Die linksstehende Pariser Presse, die allerdings wenig Einfluß besitzt, tritt warm für diesen Gedanken ein, aber auch die ganz rechts stehende „Libre Parole" erklärt: Frankreich und Deutschland sind durch gemeinsame Interessen verbunden. Wir haben Kohlen, ihr habt Erze, in das Kali teilen wir uns. Verbinden wir unsere Arbeit, und wir können die ganze Welt befriedigen, die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete und die Erholung des Besiegten gewährleisten. — Wenn das in Frankreich die herrschende Meinung wäre, würde man leichter einen Schritt weiter kommen als unter dem Säbelrasseln Poincarés.

Hinausschiebung der Ausgleichszahlung.

30 Goldmillionen bis 15. September verlangt.

Bekanntlich hat die deutsche Regierung von den am 15. August fälligen 40 Goldmillionen für die Ausgleichszahlungen nur den vierten Teil bezahlt und wegen des Restes um Aufschub nachgesucht. Nunmehr haben die Alliierten (entsprechend einem Londoner Gutachten der Sachverständigen) in einer gemeinsamen Antwort auf die deutsche Note vom 14. Juli mit dem Stundungsgesuch mitgeteilt, daß die alliierten Regierungen **die Zahlung von zwei Millionen Pfund, die am 15. August geschuldet wurde, binnen vier Wochen von diesem Tage an fordern. Von diesem Tage an beabsichtigen sie das Abkommen vom 10. Juni 1921 zu kündigen** und Schritte zu tun, um einzeln mit der deutschen Regierung Abmachungen über die Regelung aller Salden zu treffen. Diese Abmachung soll der Reparationskommission unterbreitet werden. Aus dieser Note ergibt sich, daß auf dem Gebiete der Ausgleichszahlungen weitere Barzahlungen von der deutschen Regierung bis Mitte September nicht gefordert werden. Das erwähnte Abkommen vom 10. Juni 1921 regelte die im Friedensvertrag vorgesehene Ausgleichszahlung durch Einführung regelmäßiger Pauschalsummen von monatlich zwei Millionen Pfund.

Berlin — München.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 18. August.

Der Reichspräsident Ebert hat bei seiner Rede in Hamburg, als er so eindringlich von der Erhaltung der deutschen Reichseinheit sprach, dabei zweifellos seine Gedanken von der Wasserkante nach dem fernen Süddeutschland schweifen lassen, wo gerade in diesen Tagen sich Vorgänge abgespielt haben, die nicht ganz damit in Einklang gebracht werden können, daß die Interessen des Reiches für jeden Politiker und jede Partei stets obenan stehen müssen. Die Auseinandersetzungen der bayerischen Koalitionsparteien über die Berliner Abmachungen ließen mehr partikularistische Wünsche laut werden, als man in dieser äußerst kritischen Lage der gesamten Nation verständlich finden kann. Inzwischen hat sich aber die Lage doch soweit geklärt, daß man eine Einigung binnen kurzem voraussehen kann.

Vor allem ist zu beachten, daß die bayerische Mittelpartei mit ihren radikalen Forderungen im Kabinett nicht durchgedrungen ist. Die Wünsche der bayerischen Volkspartei aber sind im wesentlichen formaler Natur und bringen keine sachliche Änderung der Berliner Vereinbarungen mit sich. Die bayerische Regierung hat daher bei der Reichsregierung mitteilen lassen, daß es sich bei der auf den 18. August verabredeten Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung nur um eine Verzögerung von einigen Tagen handeln werde, und in Berlin denkt man natürlich nicht daran, der bayerischen Regierung, die ohnedies genug Schwierigkeiten mit ihren eigenen Parteien hat, daraus einen Strick zu drehen. Man beurteilt in Berlin die ganze Angelegenheit überhaupt durchaus ruhig und hält sich von jedem unbegründeten Pessimismus fern.

Ob eine bayerische Sondergesandtschaft nach Berlin kommt, ist noch ungewiß. Falls die Minister Schweyer und Gürtner noch nach Berlin kommen, sollen lediglich einige Punkte der Vereinbarung genauer präzisiert werden. Die Aufhebung der bayerischen Verordnung wird dann nach der Rückkehr der bayerischen Bevollmächtigten nach München erfolgen. Inzwischen haben der bayerische Gesandte v. Preger und der Reichsernährungsminister Fehr, der der bayerischen Volkspartei angehört, bereits mit dem Reichskanzler Unterredungen gehabt, um eine Verständigung vorzubereiten, die wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Veto.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 21. August 1922.

□ **Warum es regnet, und warum nicht.** Das Wetter schwelgt in Extremen. Voriges Jahr hatten wir ein ausgesprochenes Trockenklima, dies Jahr das Gegenteil. Woran liegt das? Die einen sagen, die wechselnden Sonnenflecken seien schuld, die anderen schieben es auf die Eisberge und den Golfstrom. Nun man weiß, daß selbst die Kontinente nicht mehr festliegen, sondern auf ihrer Unterlage in seltsamen Wanderungen herumrutschen, werden wohl auch noch wieder neue Erklärungen über die Schwankungen der Wärme kommen. Am radikalsten ist ein Engländer, der Meteorologe John Harrison in Clapham. Der Mann sagt: Schuld sind die Amerikaner! Die Amerikaner haben nämlich nichts anderes getan als den Golfstrom verschoben! Die Ursache sei eine von Homestead an der Küste Floridas nach Key West gebaute, 112 Kilometer lange Eisenbahn. Ein großer Teil dieser neuen Linie wird nämlich über einen massiven Damm geführt, und dieser soll den freien Lauf des Golfstroms behindern. Man denke, was für eine Gefahr sich da auftut. John Harrison gab diese Erklärung, als es im vorigen Jahre zu trocken war, wiederholte sie, als auch im Frühjahr dieses Jahres wieder eine ziemliche Dürre eintrat. Aber was will er nun sagen, um die kolossalen Regenfälle der letzten Monate auf dieselbe Weise zu erklären? Diese Theorie muß doch wohl ein Loch haben. Es gab einmal einen Mann, der an der Donauquelle stand; da steckte er seinen Fuß in das kleine Rinnsal und meinte, nun müsse in Wien das Wasser ausbleiben.

—* Diejenigen Personen, welche im Jahre 1923 ein Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, haben die hierfür erforderlichen Wandergewerbescheine und zwar, falls sie am 1. Januar k. Jahres im Besitze derselben sein wollen, spätestens bis zum 1. Oktober d. Jahres bei der Ortspolizeibehörde ihres Wohnsitzes zu beantragen. Bei Stellung des Antrages auf Ausstellung eines Wandergewerbescheines hat der Antragsteller die für den Wandergewerbeschein nach Ziffer 2 und 3 der Bekanntmachung des Reichskanzler vom 4. März 1912 (Reichsgesetzblatt Nr. 189) erforderliche unaufgezogene Photographie in Visitenkartengröße beizubringen. Mit dem Antrag auf Ausstellung eines gemeinsamen Wandergewerbescheines ist die Photographie des Unternehmers, wenn ein Unternehmer nicht vorhanden ist, die eines Mitgliedes einzureichen. Die Photographie muß ähnlich und gut erkennbar sein, eine Kopfgröße von mindestens 1,5 Zentimeter haben und darf in der Regel nicht älter als 5 Jahre sein. Spätere Anträge auf Eintragung von Begleitern, Ausdehnung der Scheine auf weitere Gegenstände und ähnliche Anträge sind bei der Ortspolizeibehörde anzubringen, und zwar unter Angabe der Nummer des Wandergewerbescheins. Etwaige Reklamationen gegen die Höhe der Steuersätze sind bei den zuständigen Landräten, in den Städten Gelsenkirchen, Bochum und Herne bei der Polizeidirektion zu Gelsenkirchen bezw. Bochum, in den übrigen Stadtkreisen bei den Oberbürgermeistern unter Angabe der Nummer des Wandergewerbescheines anzubringen. Diese Behörden werden, wenn die Reklamationsfrist (3 Monate nach Mitteilung des Steuersatzes) gewahrt ist, eine Begutachtung der Reklamation veranlassen und sie dem Regierungspräsidenten zur Entscheidung vorlegen.

—* **Bekämpfung der Hamsterei von Hartgeld und Geldscheinen.** Die zunehmende Abneigung ländlicher Kreise gegen den bargeldlosen Zahlungsverkehr hat die Reichsbank veranlaßt, eine eingehende Umfrage über die in dieser Richtung gemachten Beobachtungen zu veranstalten. Es soll dadurch besonders festgestellt werden, ob die Annahme, daß die Bargeldhamsterei auf dem Lande auf die jetzige Steuergesetzgebung, besonders auf die Aufhebung des Bankgeheimnisses zurückzuführen sei, den Tatsachen entspricht. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die ländlichen Sparkassen und Bauernvereine sollen in verstärktem Umfange zur Bekämpfung der gemeinschädlichen und kurzsichtigen Hamsterei von Hartgeld und Geldscheinen herangezogen werden.

—* **Schluß der Schonzeit.** Gemäß der Jagdverordnung vom 15. Juli 1907 ist vom Bezirksausschuß zu Arnsberg der Schluß der Schonzeit festgesetzt: a) für Rebhühner, Wachteln und schottische Moorhühner für die Kreise Arnsberg, Brilon, Meschede, Wittgenstein, Siegen, Altena und Iserlohn Stadt und Land auf den 3. September 1922 (Jagderöffnungstag 4. September), für die übrigen Kreise auf den 20. August 1922 (Jagderöffnungstag 21. August); b) für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen, sowie c) für Birk-, Hasel- und Fasanenhähne auf den 15. September 1922 (Jagderöffnungtag 16. September).

Schalksmühle, 19. Aug. Die nächste Mütterberatungsstunde findet am kommenden Dienstag, den 22. August 1/4 4 Uhr statt.

Meinerzhagen, 17. Aug. Ueberfahren. Am vergangenen Sonntagabend gegen 10 Uhr ist der Fabrikarbeiter Fritz Schmidt von hier, 66 Jahre alt, auf dem Heimwege zur Tannenburg von einem Fuhrwerk überfahren worden. Die Räder des Fuhrwerks sind dem Bedauernswerten über die ganze linke Seite gegangen. Sein Zustand ist bedenklich. Der Leiter des bisher noch unbekannten Fuhrwerks hat den Verunglückten in seinem schwerverletzten Zustande hilflos liegen lassen und ist unbekümmert weitergefahren, jedenfalls, um sich der Feststellung seiner Person durch die Flucht zu entziehen. Hoffentlich wird es den Bemühungen der Polizei gelingen, den Führer des in Frage kommenden Fuhrwerks, der jedes menschliche Empfinden bei Seite geschoben hat, zu ermitteln, damit derartige rohe Handlungsweisen ihre verdiente Sühne finden.

Lüdenscheid, 18. Aug. Schwerer Einbruchsdiebstahl. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag drangen Diebe in ein Tuchlager in der Kluserstraße ein und stahlen für 25 000—30 000 Mark Anzüge.

Hemer, 18. Aug. Immer noch Goldgeld. Einem älteren Knechte wurden auf einem Bauernhofe eine Anzahl Zwanzig- und Zehnmarkstücke gestohlen, die nach dem heutigen Werte za. 80 000 Mark darstellen. Der Dieb mußte mit den Oertlichkeiten vertraut sein. Die Polizei fahndet eifrig nach ihm.

Haltern, 18. Aug. Ein Denkmal für die ertrunkenen Gelsenkirchener Schulkinder. Die evangelische Elternvereinigung Gelsenkirchen-Schalke hat einmütig beschlossen, an der Stelle, wo am 24. Juli ds. Js. in der Lippe bei Flaesheim-Haltern sieben Kinder der Goetheschule in Schalke gelegentlich eines Ausflugs ertrunken sind, einen einfachen, aber würdigen Gedenkstein zu errichten. Dieser soll möglichst Ende Oktober, begleitet von einer kleinen Trauerfeier, enthüllt werden. — Ferner ist beschlossen worden, über dem Massergrab auf dem „Rosenhügel" ein Denkmal zu errichten. Den Grundstock hierzu bildet das Geld, das bei den Sammlungen für die Schmückung der Gräber mit Blumen und Kränzen übrig geblieben ist.

Gummersbach, 18. Aug. Die Arbeiten an einer Filmfabrik sowie an einem Verwaltungsgebäude wurden eingestellt und mehrere hundert Arbeiter entlassen. Ferner wurde der geplante Neubau eines Krankenhauses aufgehoben und die Fortführung der Arbeiten am Lyzeum in Frage gestellt. Ursache dafür ist die Geldentwertung.

Barmen, 15. Aug. Der Bahnhofsvorplatz am Hauptbahnhof wird den Namen erhalten: „Platz der Republik", die Bahnhofstraße wird in „Fritz Ebertstraße" umgetauft, die Kohlenstraße in „Rathenaustraße".

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Höchstpreise für Brot.

Nachdem die mit der Brotherstellung verbundenen Unkosten erneut eine erhebliche Steigerung erfahren haben, hat der Herr Regierungspräsident zu Arnsberg eine Neufestsetzung der Brotpreise vorgenommen Entsprechend dieser anderweiten Brotpreisfestsetzung werden in Abänderung meiner Bekanntmachung vom 9. 8 ds. Js. auf Grund des § 35 der Reichsgetreideordnung für 1922 für den Umfang des Kreises Altena die Höchstpreise für Brot wie folgt festgesetzt:

für das	6	Pfund-Graubrot	47,30	Mk.
„ „	3	„ „	23,70	„
„ „	6	„ Kasselerbrot	47,50	„
„ „	3	„ „	23,80	„
„ „	6	„ Schwarzbrot	45,—	„
„ „	3	„ „	22,60	„

Ueberschreitungen der vorstehend angegebenen Höchstpreise werden auf Grund des § 49 des obenbezeichneten Gesetzes bestraft

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Gültigkeit der Wochenbrotkarte für die Woche vom 20.—26 August 1922 in Kraft.

Eine Aenderung in der Bekanntmachung vom 9. 8. ds. Js festgesetzten Kleinverkaufspreise für Mehl tritt nicht ein.

Altena, den 17. August 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Thomée Landrat.

In unser Vereinsregister ist heute unter Nr 16 der **„Katholische Kapellenverein Kierspe"** mit dem Sitz in **Kierspe** eingetragen worden. Die Satzung ist am 5. Juni 1922 errichtet. Der Vorstand setzt sich zusammen aus: **1. August Schnitzler, Kierspe-Bahnhof, 2. Johann Finke, Kierspe-Bahnhof, 3. Theodor Rogge, Kierspe-Bahnhof, 4. Karl Fastenrath, Kierspe-Bahnhof, 5. Fritz Vogel, Kierspe-Bahnhof, 6. Hubert Bosbach, Vollme, 7. Josef Wennekamp, Höhlen.** Zur Vertretung des Vereins nach außen — gerichtlich und außergerichtlich — sind 2 Vorstandsmitglieder und zwar der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter zusammen mit dem Rendanten befugt.

Meinerzhagen, 18. August 1922.

Amtsgericht.

Eine Frage ?

die eigentlich keiner Erörterung bedarf, ist die: Wo inseriere ich am zweckmäßigsten? Selbstredend in dem Allgemeinen Anzeiger und dem Schalksmühler General-Anzeiger.

Betten



Bettfedern Bettbarchent
alles einzeln oder komplett, billig zu haben im
Bettengeschäft Voß,
Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.
1264

Kaufe leere Flaschen
aller Art zu höchsten Preisen.
Zahle für Weinflaschen Mk. 5 p. St. Karte genügt.
Friedr. Ernst Häusler,
Kierspe-Bahnhof.

Beyers
Mode-Führer
Winter 1922-23
mit großen Schnittbogen
Band I: Damen-Kleidung,
Band II: Kinder- u. Jungmädchen-Kleidung
zu haben in der
Buchhandlung Wilh. Bell jr., Halver.

Gewerbliche Mittelstands-Vereinigung für den Amtsbezirk Halver.

Sämtliche
Gewerbetreibende (Ladeng-schäfte)
werden für Montag, den 21. Aug., abends 6 1/2 Uhr im „Haus zur Fuhr" zu einer
dringlichen Besprechung
eingeladen.
Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Jüngerer
Werkzeugschlosser
für dauernde Beschäftigung und hohen Lohn für sofort oder in 14 Tagen gesucht
Becker & Comp.,
Halver.

Visitenkarten liefert schnell u. billig die Buchdruckerei Wilh. Bell jr, Halver.

Anzüge
Hosen
Schlüpfer
erhalten Sie bei uns auf
Kredit
und bequemer
Abzahlung.
Reichhaltiges Lager
Reelle Bedienung.
Bekleidungs-Haus „Westfalia",
HAGEN i. W.,
Elbersufer 10, Ecke Haldenst.
1104

Wenn die erkannte Person, die am Montag nachmittag voriger Woche aus dem Flur der Drogerie von C. Menke, Halver, den
seidenen Damenschirm
mitgenommen hat, denselben nicht bis Mittwoch in obigem Geschäft abgibt, wird Anzeige erstattet.

Reise-Körbe
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)
PIANOS
Flügel, Harmoniums und Kunstspiel-Instrumente
unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit
mit Klangsteg
D. R. G. M. 458403
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen I. W., Bahnhofstr. 29